Zeitschrift: Schweizer Ingenieur und Architekt
Herausgeber: Verlags-AG der akademischen technischen Vereine
Band: 115 (1997)
Heft: 20

Artikel: Wirtschaftswachstum und Kooperation in der Nachkriegszeit
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-79242

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wirtschaftswachstum und Kooperation in der Nachkriegszeit

Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Verwüstungen des Zweiten Weltkriegs und die schlechten Erfahrungen während der protektionistischen Phase nach dem Börsenkrach von 1929 veranlassten die Regierungen der Alliierten, neue Formen der internationalen Zusammenarbeit insbesondere im wirtschaftlichen und sozialen Bereich einzuführen.

Dieses Netz der Kooperation und Integration wurde unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg begründet (vgl. Tabelle: Die wichtigsten Institutionen und Organisationen für Wirtschaftswachstum und Kooperation) und umfasst heute parallel zur «globalen» Absicherung durch das System der Vereinten Nationen unter anderen folgende Institutionen:

- OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), die 1960 entstandene Nachfolgeorganisation der OEEC (Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit), mit der ursprünglichen Aufgabe, die Marshallplanhilfe zu koordinieren. Beitritt der Schweiz: 1962.
- Europäische Union, die auf die 1957 unterzeichneten Römer Verträge zurückgeht.
- Efta (Europäische Freihandelsassoziation, gegründet 1960), zu deren Gründungsmitgliedern die Schweiz gehört.

Die G7, bestehend aus den USA, Kanada, Japan, England, Deutschland, Frankreich und Italien, übt eine besondere Funktion aus. Sie spielt auf internationaler Ebene eine immer wichtigere Rolle, namentlich bei der Absprache von makro-ökonomischen und strukturpolitischen Massnahmen, bei der gemeinsamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, bei der Anpassung an technologische Neuerungen (Stichwort «Daten-Autobahn») sowie bei der Hilfe beim Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft. Russland wurde vor kurzem zu den Arbeiten der G7-Gruppe zugelassen, und in absehbarer Zukunft könnte die Kooperation auch auf China, Brasilien und Indien ausgeweitet werden. Diese De-facto-Erweiterung der G7, die kürzliche Öffnung der OECD für fünf neue Mitglieder (Mexiko, Tschechische Republik, Ungarn, Polen und Südkorea) sowie der wachsende Druck durch zahlreiche hängige Beitrittsgesuche haben gleichzeitig dazu geführt, dass sich eine wirtschaftliche Zusammenarbeit auf höchster Stufe abzeichnet, d.h., es entsteht allmählich eine versteckte G3 mit den USA, Deutschland und Japan...

Zwecks Nutzung besonderer Konstellationen oder Synergien, aber auch zur Geltendmachung kultureller und sozialer Gegebenheiten hat sich die internationale Zusammenarbeit in der jüngeren Vergangenheit auch auf regionaler Ebene entwickelt. So entstanden z.B. die Nafta (North-American Free Trade Association - Nordamerikanische Freihandelsassoziation), der Mercosur in Südamerika, die Apec (Asian-Pacific Economic Cooperation), das Asem (Asia-Europe Meeting), der Euro-Med-Dialog (Dialog zwischen der EU und den Mittelmeer-Anrainerstaaten) usw.

Das Gatt hat bei der Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg zweifellos eine Schlüsselrolle gespielt. Durch den Wechsel vom Gatt zur WTO begann eine neue Phase der multilateralen Zusammenarbeit. Die für die Bauwirtschaft und ihre Berufsgruppen wichtigsten Neuerungen sind im Kasten auf der nächsten Seite aufgelistet.

Im Bereich der Investitionen und Dienstleistungen stehen weitere Entwicklungen bevor, da einerseits die bilateralen

Institutionen/Organisationen der Vereinten Nationen (Auswahl)	Gründung	Beitritt der Schweiz
Weltbankgruppe:		
IBRD - Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung	1944	1992
IDA - Internationale Entwicklungsorganisation	1944	1992
IFC - Internationale Finanz-Corporation	1944	1992
IWF - Internationaler Währungsfonds	1944	1992
Gatt - Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen «umgewandelt» zur	1947	1966
WTO - Welthandelsorganisation (seit 1.1.1995)	1995	

Der Zukunftsrat informiert

Der Zukunftsrat SIA hat sich vorab mit den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen auf nationaler und internationaler Ebene beschäftigt. Eine in SI+A und IAS erscheinende Artikelreihe soll über diese erste Phase der Grundlagenarbeiten informieren. Die weiteren Themen, mit denen sich der Zukunftsrat auseinandergesetzt hat, betreffen konkret die Berufe des Architekten und des Ingenieurs und den SIA. Informationen dazu werden zu einem späteren Zeitpunkt veröffentlicht.

Der erste Artikel «*Wirtschaftswachstum und Kooperation in der Nachkriegszeit*» beschreibt die Ursprünge der heutigen Wirtschaftsordnung und die Mechanismen des Aufschwungs während der drei Jahrzehnte raschen Wachstums vor der ersten Ölkrise. Zum Verständnis des ökonomischen Hintergrunds, vor dem sich die Volkswirtschaften nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt haben, müssen als erstes die Rahmenbedingungen in den 50er und 60er Jahren erörtert werden.

Der zweite Artikel «*Triebkräfte der Globalisierung*» beschreibt die Dynamik der Globalisierung, quantifiziert die Auswirkungen dieses Phänomens und erläutert die beiden treibenden Kräfte der Globalisierung, Technologien und Unternehmensstrategien.

Im dritten und im vierten Artikel werden die grundlegenden Elemente der Globalisierung der Wirtschaft dargelegt «*Technologien, Innovationen und Know-how sowie privater und öffentlicher Sektor im Spannungsfeld der Globalisierung*». Nach einem Rückblick auf die technologischen Errungenschaften der Vergangenheit und einem Überblick über die Fortschritte der Gegenwart werden die mächtigen und widersprüchlichen Kräfte geschildert, denen sowohl die öffentliche Hand als auch die Privatwirtschaft ausgesetzt sind.

Der fünfte Artikel «*Die Schweiz im Zeichen der Globalisierung*» fasst die Entwicklung der Schweizer Wirtschaft sowie ihrer Strukturen während der letzten 30 bis 40 Jahre zusammen. Diese Kurzanalyse zieht eine Bilanz der Schweizer Wirtschaftspolitik und deckt strukturelle Schwächen auf, geht auf bereits getroffene Korrekturmassnahmen ein und weist schliesslich auf bestehenden Handlungsbedarf hin.

Der sechste und letzte Artikel dieser Serie «*Die Bauwirtschaft: eine Standortbestimmung*» widmet sich der aktuellen Lage im Bauwesen. Er analysiert den Immobilienmarkt und listet die von den verschiedenen Verantwortungsträgern getroffenen Massnahmen auf, welche sich als verfehlt, unzureichend oder verspätet erwiesen haben.

WTO und GATS: Die Bauwirtschaft betreffende Massnahmen

- Weiterer Abbau von Zöllen (→Halbierung oder Abschaffung).
- Stärkung der drei Grundsätze des Gatt: Meistbegünstigungsklausel, Inländerbehandlung, Beseitigung von mengenmässigen Beschränkungen und Exportsubventionen.
- Verbesserung der Schutzklausel, grössere Disziplin im Bereich von Industriesubventionen, Antidumping, Ursprungsregeln und technischen Handelshemmnissen.
- Ausdehnung der Gatt-Grundsätze auf den Dienstleistungsbereich mit der Einführung eines neuen Abkommens, dem GATS (General Agreement on Trade in Services). Für die Schweiz als weltweit fünftgrösster Dienstleistungsexporteur ist das GATS von besonderer Bedeutung.
- Kodex über das geistige Eigentum: Trips-Abkommen - Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights (Urheberrecht, Software, Video, Filme, Bücher, Marken, Patente, Industriedesign, integrierte Schaltungen, Fabrikations- und Handelsgeheimnisse usw.) (Für die Schweiz ist das Trips-Abkommen angesichts der weltweit höchsten Anzahl angemeldeter Patente pro Einwohner ebenfalls wichtig.)
- Anwendung der Gatt-Grundsätze auf Investitionen im Ausland.
- Liberalisierung der öffentlichen Märkte. Dies trifft auch auf die öffentlichen Märkte der Kantone *und Gemeinden* zu. Das Abkommen betrifft sämtliche *Einkäufe des Staates* von Gütern, Dienstleistungen und Bauaufträgen. Die daraus entstehenden Ergebnisse entsprechen weitgehend jenen, welche die Schweiz durch einen EWR-Beitritt erreicht hätte.

Verhandlungen mit der EU noch tiefgreifende Veränderungen im Vergleich zur heutigen Situation bringen dürften und weil andererseits die MAI-Verhandlungen (Multilateral Agreement on Investment) im Rahmen der OECD eine Harmonisierung der entsprechenden nationalen Investitions- und Dienstleistungspolitiken anstreben.

Dieser institutionelle Rahmen verlieh den internationalen Wirtschaftsbeziehungen eine neue Dynamik. So erlebte die industrielle Produktion der 50er und 60er Jahre die Blütezeit des Taylorismus, wobei sich gleichzeitig die Liberalisierung der Handelsbeziehungen und somit eine rasche Expansion des Welthandels einstellte. Die 70er und 80er Jahre schliesslich waren nicht nur von Deregulierungsmechanismen insbesondere bei den internationalen Investitionen sowie beim Kapitalverkehr gekennzeichnet, sondern auch von einer Politik der Privatisierung. Darüber hinaus verzeichneten Robotik, Informatik und Telematik in jener Zeit revolutionäre Fortschritte. Gegen Mitte der 80er Jahre nahmen die internationalen Direktinvestitionen erneut beträchtlich zu. Gleichzeitig - jedoch in geringerem Ausmasse als später in den 90er Jahren - vermehrte sich die Zahl der Unternehmenszusammenschlüsse, während in der Technologie Quantensprünge verzeichnet wurden (Baustoffe, Miniaturisierung, Modellisierung, Virtualisierung): die Weltwirtschaft befindet sich auf dem Weg zur raschen Globalisierung.

Wirtschaftswachstum

Wirtschaftlicher Aufschwung vor der Ölkrise

Die Zeitspanne von der Nachkriegszeit bis zur ersten Ölkrise Mitte der 70er Jahre war in bezug auf Wachstum und wirtschaftlichen Aufschwung sozusagen ein goldenes Zeitalter. Das weltweite BIP stieg um 4,9%, das Welthandelsvolumen um 7%, und das Produktionsvolumen pro Kopf nahm weltweit jährlich um 3% zu. Das Wachstumspotential war unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg enorm, und der im Verlauf des Krieges begonnene technische Fortschritt beschleunigte sich weiter. Trotz des erforderlichen Wiederaufbaus wies Europa einen hohen Entwicklungsstand auf und war damals mit einer Wachstumsrate von 3,9% die wirtschaftlich dynamischste Region der Welt. Die Wachstumsrate lag in der Schweiz um 0,7 Prozentpunkte tiefer. Bereits zu jener Zeit lag die Wachstumsrate Asiens nur geringfügig hinter jener Europas (vgl. Tabelle).

Für diese ausserordentlichen Leistungen gibt es verschiedene Erklärungen. Erstens haben die westlichen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg internationale Rahmenbedingungen mit einem expliziten Regelwerk und soliden Institutionen zur Koordination der Zusammenarbeit geschaffen (Institutionen von Bretton Woods, OECD), namentlich vor dem Hintergrund der Entkolonisierung und der bedenklichen Spannungen zwischen Ost und West. Die Ost-West-Spaltung hat den Zusammenhalt der kapitalistischen Wirtschaftsinteressen zweifellos gestärkt und dadurch protektionistische Konflikte und Reaktionen wie in der Vorkriegszeit verhindert. Zweitens war die Wirtschaftspolitik seinerzeit darauf ausgerichtet, die weltweite Nachfrage zu fördern und zu steuern. Die westlichen Volkswirtschaften erlebten so ein schnelles Wirtschaftswachstum ohne grosse Konjunkturschwankungen. Die Investitionen im Bauwesen und bei den Ausrüstungsgütern erreichten noch nie dagewesene Ausmasse. Drittens wurden die internationalen Handelsbeziehungen liberalisiert und beschleunigt (Gründung des Gatt, Reduzierung und Abschaffung der Kapitalverkehrskontrollen). Der private internationale Kapitalverkehr gewann weltweit wieder an Elan, wobei die staatlichen Kapitaltransfers und -hilfen weiterhin den wichtigsten Faktor für Entwicklung darstellten.

Zeit der Veränderungen

Zu Beginn der 70er Jahre war die Weltwirtschaft in einem Zustand der Überhitzung. Die Regierungen waren mit mehreren Problemen konfrontiert: einem grossen Inflationsdruck, dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems fester Wechselkurse und den Auswirkungen der Ölkrise. Das Wirtschaftswachstum verlangsamte sich zusehends, allein die Entwicklung in Asien erinnert etwas an die Dynamik jenes ruhmvollen Wirtschaftsaufschwungs. Seither gleicht der Kurvenverlauf der makro-ökonomischen Ergebnisse einer Zickzacklinie, das Produktionsvolumen der Weltwirtschaft liegt weitgehend unter den vorhandenen Kapazitäten. Auch das BIP und die Arbeitsproduktivität verzeichneten einen beträchtlichen Rückgang. Das BIP pro Kopf legte in Westeuropa jährlich um 1,8% zu (weltweit 1,2%), während sich die Schweiz mit einer halb so hohen Wachstumsrate begnügen musste. Die Arbeitslosenrate stieg, die stark wachsenden Kapitalanlagen warfen nicht mehr die erhofften Erträge ab.

Das Hauptanliegen der Regierungen wechselte von Wachstum und Vollbeschäftigung zur Bekämpfung der Inflation, die jedoch durch die beiden Ölkrisen von 1973 und 1979 noch verstärkt wurde. Der Zeit starken wirtschaftlichen Wachstums folgte somit ein System des Wohlfahrts-

Wirtschaftswachstum in % nach Regionen 1950 – 1992 (Jahresdurchschnitt des BIP-Wachstums pro Einwohner)

	1950 - 1973	1973 - 1992
Westeuropa	3,9	1,8
Osteuropa	3,5	-1,1
Lateinamerika	2,5	0,5
Asien (inkl. Ozeanien)	3,8	3,2
Afrika	2,0	-0,1
weltweit	2,9	1,2

Quelle: Maddison, Angus, L'économie mondiale 1820 - 1992, OECD, 1995

staates und des reglementierten Arbeitsmarktes. Zwar haben die sozialpolitischen Massnahmen die Folgen der Rezession etwas aufgefangen (Arbeitslosenversicherung, öffentliche Fürsorge usw.) und die Nachfrage stabilisiert, doch waren wohl gerade diese Massnahmen auch für die grossen Verzerrungen auf dem Arbeitsmarkt verantwortlich. Das Wachstumsdefizit und der schlechte Verlauf der Wirtschaft haben bald zu Haushaltsengpässen geführt, die vorab in den angelsächsischen Ländern eine Politik der ausgeprägten Liberalisierung auslösten (Infrastruktur, staatlich verordnete Reglementierungen). Mit dem Fall der Berliner Mauer im Jahre 1989 und der Unterzeichnung der in der Uruguay-Runde verhandelten Gatt-Verträge 1994 wurde dem Handel mit Gütern und Dienstleistungen der Weg zur Liberalisierung geebnet. Die Direktinvestitionen nahmen sowohl innerhalb der Industriestaaten als auch in Richtung einzelner Schwellenländer explosionsartig zu, während gleichzeitig private Geldquellen an die Stelle der öffentlichen Finanzierung traten.

Rückläufige Investitionen im Bauwesen?

Die Investitionen im Bauwesen (Wohn- und Gewerbebauten, Tiefbau) stellen seit jeher den wichtigsten Faktor für die Kapitalbildung in einer entwickelten Volkswirtschaft dar. Vor kurzem durchgeführte Untersuchungen über die langfristige Entwicklung von Investitionen haben jedoch gezeigt, dass die Bauindustrie gegenüber den Ausrüstungsgütern etwas an Bedeutung verloren hat. Es scheint, dass der Anteil des Bausektors an der Gesamtproduktion tendenziell stagniert oder sogar zurückgeht. Für diesen Umstand gibt es mindestens zwei Erklärungen: einerseits eine Sättigung der Infrastruktur, was mittelfristig zu erhöhten Wartungs- und Unterhaltskosten führt (diese gelten oft nicht als Investitionen!), und andererseits die relativ grössere Preissteigerung im Bausektor, was den Erwerb von Investitionsgütern auf Kosten des Bauwesens begünstigt. Es ist durchaus möglich, dass die Immobilienrendite als Beitrag zum Wirtschaftswachstum angesichts immer leistungsfähigerer Ausrüstungsgüter allmählich zurückgeht.

Eine solche Schlussfolgerung ist jedoch nicht unumstritten, haben doch gewisse Studien gezeigt, dass die (öffentlichen) Infrastrukturaufwendungen das Wirtschaftswachstum erheblich beeinflussen. Auf internationaler Ebene dürfte die Investitionsnachfrage angesichts des enormen Entwicklungspotentials in den Entwicklungs- und osteuropäischen Ländern wohl kaum zurückgehen. Auch in Europa und in der Schweiz ist die Bauindustrie als einer der wichtigsten Wirtschaftszweige mit traditioneller Hauptausrichtung auf den einheimischen Markt einem veränderten Umfeld ausgesetzt. Die Bauwirtschaft wird sich der Globalisierung der Volkswirtschaften und der Märkte nicht entziehen können.

Als eine nach aussen offene Volkswirtschaft ist auch die Schweiz den grundlegenden Strömungen der Weltwirtschaft und der regionalen Wirtschaft ausgesetzt. Der Integrationsprozess der einzelnen Volkswirtschaften und Märkte schreitet sowohl in Europa als auch weltweit voran. Seit Abschluss der Uruguay-Runde im Jahre 1994 erfolgt im Bereich des Handels mit Gütern ein schrittweiser Abbau von tarifären und nichttarifären Handelshemmnissen. Auch im Dienstleistungssektor kommt ein solcher Abbau allmählich voran, was bedeutet, dass mittelfristig die Dienstleistungen von Ingenieuren und Architekten ebenfalls davon betroffen sein werden. Die im Rahmen der OECD geführten Gespräche über die Ausarbeitung eines globalen Abkommens zwischen den Mitgliedsstaaten bezüglich Direktinvestitionen und die damit verbundenen Dienstleistungen tangieren unmittelbar auch den Immobilien- und Bausektor. Die Zukunft der Bauindustrie hängt zudem vom Ergebnis der bilateralen Verhandlungen mit der Europäischen Union ab. Zu den entscheidenden Dossiers in bezug auf das Bauwesen gehören u.a. die öffentlichen Märkte sowie die Einwanderungspolitik (z.B. Saisonniers). De facto wird sich die Schweiz im Zuge der fortschreitenden europäischen Integration den beruflichen und technischen EU-Vorschriften anpassen müssen. Durch diese Öffnung wird die heute von spezialisierten Kleinunternehmen dominierte Bauindustrie einem noch grösseren Konkurrenzdruck ausgesetzt sein, der sich natürlich auch direkt auf das Preis-Leistungs-Verhältnis auswirken und somit Planer, Unternehmer und Bauherren vor neue Herausforderungen stellen wird. Die Bauwirtschaft muss sich folglich auf tiefgreifende Veränderungen ihrer Arbeitsmethoden und Gewohnheiten vorbereiten.

Zukunftsrat SIA

Zuschriften

Radon in Gebäuden

Zum Beitrag in SI+A 16/97

Zum interessanten Aufsatz von Hans Moor in SI+A 16/97 über Radon in Gebäuden möchte ich zwei Ergänzungen anbringen:

- Sanierung von Gebäuden: Die Strahlenschutzverordnung (StSV) legt fest, dass der Eigentümer bei einer Überschreitung des Grenzwertes von 1000 Bq/m^3 in Wohn- und Aufenthaltsräumen die Sanierung innerhalb von drei Jahren vornehmen muss, sofern ein Betroffener darum ersucht. Aus der StSV geht aber nicht klar hervor, wer ein vom Radonproblem Betroffener ist. Naheliegend ist die Interpretation, dass bei einem Mietverhältnis der Mieter als Betroffener gilt. Man könnte sich aber auch vorstellen, dass andere Gebäudebenützer wie z.B. Kinder des Gebäudeeigentümers oder Lehrerinnen in Schulhäusern als Betroffene gewertet werden können. Für die Praxis heisst das: Da hohe Radonkonzentrationen eher in Einfamilien- als in Mehrfamilienhäusern auftreten und Einfamilienhäuser zumeist von den Eigentümern bewohnt werden, dürfte eine Sanierungszwang auf Gesuch eines Betroffenen wohl eher selten vorkommen. Etwas anders liegt der Fall, wenn sich das Gebäude in einem Radongebiet befindet: Hier legen die Kantone die Sanierungsmassnahmen fest; diese müssen bis spätestens im Jahre 2014 durchgeführt sein.

- Radon in Energiesparhäusern: Es ist richtig, dass die wärmetechnische Sanierung von Gebäuden in der Regel nicht zu einer Erhöhung des Radongehaltes im Innern führt. Vorsicht geboten ist allerdings bei Niedrigenergiehäusern mit künstlicher Lüftung: Das Ansaugen von im Erdreich vorgewärmter Luft über perforierte Rohre (Sickerleitungen) kann zu hohen Radonkonzentrationen im Innern führen, auch wenn das Haus nicht in einem Radongebiet steht. Die Frischluft ist in solchen Fällen oberirdisch anzusaugen und über gasdichte Leitungen ins Gebäude zu führen.

Marco Ghielmetti, Winterthur